

Nationalisierungsdebatte in England

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **36 (1957)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337006>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

J. W. BRUEGEL

Nationalisierungsdebatte in England

Das Kernstück des Programms der nächsten Arbeiterregierung, also des Programms, mit dem Labour bei Parlamentswahlen vor das Volk treten will, ist die Haltung der Arbeiterpartei zur Frage weiterer Nationalisierungen und zur Organisation der bereits in Gemeinbesitz überführten Industrien. Hier war und ist man sich insoweit einig, als die ganze Arbeiterbewegung den Sektor der Gemeinwirtschaft erweitert sehen will. Über diesen allgemeinen Grundsatz hinaus konnte man in den letzten Jahren im Schoße der Arbeiterpartei die verschiedensten Auffassungen hören. Es wäre unnatürlich, wenn es in einer demokratischen Gemeinschaft mit 6,5 Millionen Mitgliedern und 12 Millionen Wählern über ein Problem, das tief in das Leben des einzelnen eingreift, nur eine einzige Meinung gäbe. Vorweg sei auch gesagt, daß durch zweierlei Erfahrungen der letzten Jahrzehnte das ganze Problem zwar nicht an Bedeutung, aber an Dringlichkeit verloren hat. Es ist nicht die oft behauptete «Enttäuschung» der Arbeiter mit den Nationalisierungsaktionen der Labourregierung von 1945 bis 1951, die da und dort den Wunsch nach einer Fortsetzung, wie es mindestens schien oder wie es interessierte Kreise darzustellen beliebten, erschlaffen ließ. «Enttäuscht» ist höchstens eine winzige Minderheit, die glaubte, alle Schwierigkeiten würden überwunden sein, sobald die privaten Aktienbesitzer verschwinden. Alle andern sind sich dessen bewußt, daß sowohl von einem rein gewerkschaftlichen Standpunkt der Verteidigung und Verbesserung der Stellung der Arbeitnehmer als auch von allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus gesehen die Nationalisierung ein voller Erfolg war, der Ausdehnung in weitere Bezirke rechtfertigt.

Eines der beiden Momente, die eine etwas nüchterne Haltung zum Nationalisierungsproblem herbeigeführt haben, ist der Umstand, daß die Regierung Attlee auf diesem Gebiet sozusagen alles getan hat, was dringend und unaufschiebbar schien. Ihre Verstaatlichungsaktionen — Notenbank, Kohle mit Gas und Elektrizität, Verkehr, Eisen- und Stahlproduktion — verkörperten ein einheitliches Ganzes, und es wäre nicht einfach, eine neue Liste nationalisierungsreifer Wirtschaftszweige zusammenzustellen, die eine ähn-

liche innere Logik besitzt. (Das hat sich bei den Wahlen 1955 gezeigt, als das Labourprogramm eine Reihe miteinander nicht zusammenhängender Nationalisierungsaktionen enthielt.) Ein zweiter Umstand, dessen Tragweite nicht unterschätzt werden soll, ist das Erstarren der gewerkschaftlichen Organisation und ihrer Schlagkraft, die sich heute auch gegenüber der privaten Industrie in einer Weise bewähren, die man vor Jahrzehnten einfach nicht für möglich gehalten hätte. Die Bergarbeiter zum Beispiel würden sich auf das entschiedenste dagegen wehren, daß man an die Grubenverstaatlichung rührt (was nicht einmal Ultrakonservative zu erwägen wagen); aber die chemischen Arbeiter haben aus rein gewerkschaftlichen und arbeitsrechtlichen Gründen — die natürlich nicht die einzigen maßgebenden sind — keinen besonderen Anlaß, die Nationalisierung der Betriebe, in denen sie arbeiten, als Augenblicksziel zu verlangen.

Verschiedene Standpunkte, aber gleiches Ziel

Nichtsdestoweniger gibt es innerhalb der britischen Arbeiterbewegung nach wie vor eine starke Strömung, die darauf dringt, daß das Programm der nächsten Arbeiterregierung einfach eine Erweiterung der Tätigkeit der früheren auf diesem Gebiete bringt, das heißt die Überführung von mehr Industriezweigen aus privaten Händen in die der Öffentlichkeit. (Manche nennen das etwas wegwerfend «altmodische Nationalisierung», und andere bekennen sich stolz dazu, Anhänger einer «altmodischen Nationalisierung» zu sein.) Dabei wird auch die Frage sehr verschieden beurteilt, welche Industrien «nationalisierungsreif» sind, beziehungsweise welcher Maßstab hier angewendet werden soll. Sollen jene zuerst an die Reihe kommen, in denen die private Initiative versagt hat, oder jene, die zwar gut arbeiten, aber ihrer Schlüsselstellung wegen oder ihres Monopolcharakters wegen als Voraussetzung jeder richtigen Planung dem Bereich der Privatwirtschaft zu entreißen wären? Andere formulieren ihren Standpunkt ganz anders, indem sie darauf verweisen, daß heute nicht so sehr das Eigentum an den Produktionsmitteln wichtig sei als die Frage, ob die öffentliche Hand über sie Kontrollmöglichkeiten hat. Darauf erwidern manche, daß staatliche Kontrollmöglichkeiten in dem einen oder andern Fall genügen mögen, daß das aber nicht für Schlüsselindustrien zutreffe. Schließlich hört man mehr und mehr, daß die öffentliche Hand sich einen Einfluß auf die Wirtschaft auch auf andere Weise sichern könne als durch fortschreitende Nationalisierung eines Produktionszweiges nach dem andern. Die öffentliche Hand könne im Wege des Erbganges als Ablösung für die Erbesteuer Anteile an Betrieben oder ganze Betriebe erwerben, oder sie könne durch Ankauf von Aktien in die einzelnen Industriezweige eindringen und so darauf sehen, daß sie mehr und mehr nach den Interessen des Gemeinwohls betrieben werden. Es ist vielleicht nicht unwesentlich, daran zu erinnern, daß der erste, der diesen

später von *Gaitskell* aufgenommenen Gedanken formuliert hat, Professor G. D. H. Cole war, ein unentwegter Anwalt der Notwendigkeit weiterer Nationalisierungen — das allein widerlegt die Theorie, daß es sich hier um ein Aufgeben traditioneller Gedankengänge handelt, die in Wirklichkeit nur weiterentwickelt werden.

Die Nationalisierung hat sich bewährt

In dem Plan der Arbeiterpartei, das Programm für die nächsten Wahlen — sie sind spätestens im Mai 1960 fällig — in zehn Kapitel aufzugliedern, waren den Fragen der Industrie drei Kapitel vorbehalten worden.

Der Parteitag von Brighton in der ersten Oktoberwoche 1957 hatte sich mit den zwei ersten vom Parteivorstand ausgearbeiteten Programmschriften zu befassen, die die Haltung zum Nationalisierungsproblem betreffen. Die erste von ihnen, «Public Enterprise» (Gemeinwirtschaftlicher Betrieb), wurde von einem Unterausschuß entworfen, der unter dem Vorsitz von Hugh *Gaitskell* tagte. Sie untersucht die Erfahrungen mit der Verwaltung der bereits nationalisierten Wirtschaftszweige und kommt zu dem Ergebnis, daß sich die von der Regierung Attlee gewählte Organisationsform der «Öffentlichen Körperschaft» voll bewährt habe. Nichtsdestoweniger macht sie eine Reihe von Vorschlägen für einen verstärkten Schutz der Verbraucherinteressen und für eine intensivere demokratische Kontrolle der verstaatlichten Industrie, deren Verwaltung mehr als bisher in die Hände von Leuten gelegt werden soll, die aus ihr selbst hervorgegangen sind.

Hier war der einzige Punkt, an dem auf dem Parteitag im Zuge einer großen Debatte, die die Erfahrungen der letzten zehn Jahre Revue passieren ließ, Kritik einsetzte und sich zu einem Abänderungsantrag verdichtete. Er verlangte von der Partei, sie möge im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsbund für Schulungsmöglichkeiten sorgen, die «passende sozialistische Kandidaten in die Lage versetzen, aktiv in der Leitung der nationalisierten Wirtschaft tätig zu sein». In der Diskussion wurden starke Argumente dafür ins Treffen geführt, daß man für die Führung der nationalisierten Wirtschaft Menschen brauche, die an den Gedanken der Gemeinwirtschaft glauben. Sie wurden aber hinweggefegt von einem jungen Mädchen, das davor warnte, den Konservativen Argumente über «politische Protektionswirtschaft» taxfrei ins Haus zuzustellen, und vom Präsidenten des Bergarbeiterverbandes, Ernest *Jones*, der auf der Unabhängigkeit der Gewerkschaften auch den nationalisierten Betrieben gegenüber bestand. Jones machte die interessante Mitteilung, daß vor erfolgter Grubenverstaatlichung kein einziger Bergarbeiter zu leitenden Funktionen aufgestiegen sei, während seit der Nationalisierung bereits 21 frühere Bergarbeiter innerhalb der Industrie Aufgaben höherer Natur übernommen hätten. (Der Leiter des 700 000 Men-

schen beschäftigenden britischen Bergbaus ist der ehemalige Grubenarbeiter und frühere Vizepräsident des Bergarbeiterverbandes Jim *Bowman*.) Für den Antrag stimmte dann nur eine kleine Minderheit. Nahezu alle Debattenredner hatten aber beklagt, daß Labour sich in der Frage der Erfahrungen mit der Nationalisierung in einer Verteidigungsstellung befindet und viel zu wenig auf die großen Erfolge der nationalisierten Wirtschaft verweist, die besser, billiger und rationeller arbeitet als die Privatwirtschaft.

Das Zukunftsprogramm

Wesentlich umstrittener war die zweite Programmschrift «Industrie und Gesellschaft», die die Zukunftsaufgaben zu definieren sucht und zunächst in allen Teilen der Bewegung auf heftige Kritik gestoßen ist. Diese Kritik wurde verschieden begründet, aber sie entspringt überall der gleichen Befürchtung, daß nämlich hier klassisches und im Sturm der Zeiten bewährtes Gedankengut preisgegeben wird zugunsten unerprobter, neuer Methoden, die der bestehenden Ordnung weniger radikal an den Leib rücken würden als die «altmodischen». Ob diese Befürchtung nun berechtigt ist oder nicht, ist eine andere Frage. Das Bemerkenswerte hier ist die Heftigkeit der Reaktion auf die bloße Behauptung hin, daß «ideologischer Ballast abgeworfen» werde. Was enthält nun diese Broschüre, die von einem Unterausschuß des Parteivorstandes unter Vorsitz von Jim *Griffiths*, Gaitskells Stellvertreter in der Parteiführung, ausgearbeitet und vom Parteivorstand einstimmig angenommen wurde? (Hier muß man sich auch mit den Darstellungen der Tagespresse auseinandersetzen, daß das Ganze, je nachdem, eine Verbeugung vor der angeblichen Überlegenheit der privatkapitalistischen Wirtschaft oder eine Konzession an den «nationalisierungsfreudigen» Aneurin Bevan sei. Natürlich ist eine solche Programmschrift ein Kompromiß zwischen verschiedenen Auffassungen. Aber Richard *Crossmann*, einer ihrer Autoren, hat öffentlich festgestellt, daß es im Parteivorstand, dem Bevan sowie Gaitskell angehören, überhaupt keine Kampfabstimmung über die Sache und keinen Gegensatz gegeben hat. Eine Verbeugung vor der Überlegenheit der Privatwirtschaft — den die «NZZ» entdeckt haben wollte — kann man in der Broschüre auch mit dem Mikroskop nicht finden.) «Industrie und Gesellschaft» nennt das Streben nach einer gerechteren Verteilung von Einkommen und Eigentum, die Schaffung eines neuen Geistes in der Industrie, die Unerläßlichkeit der Forderung, daß wirtschaftliche Macht im Einklang mit dem Gemeinwohl verwendet wird, sowie das Bedürfnis nach Planwirtschaft und höherer Produktivität die Haupttriebkkräfte in Labours Nationalisierungspolitik. Dem Argument von der schwindenden Bedeutung des Eigentums an den Produktionsmitteln hält die Broschüre entgegen, daß es nur beschränkte Geltung habe, weil der übermäßige Gewinn aus Aktienbesitz —

auch wenn der Besitzer überhaupt keinen Einfluß auf die Führung des Betriebes nehmen kann oder will — eine der wichtigsten Quellen der wirtschaftlichen Ungleichheit und sozialen Ungerechtigkeit ist. Etwa die Hälfte des Kapitalgewinns aus Aktien würde in Großbritannien einem Personenkreis zugutekommen, der 0,3 Prozent der Bevölkerung umfaßt! Die Großbetriebe, auf die etwa vier Fünftel aller Kapitalgewinne entfallen, müßten der Allgemeinheit rechnungspflichtig gemacht werden. Bei den 150 größten Firmen des Landes würde unter den heutigen Verhältnissen das Verschwinden der Aktionäre «über Nacht» so gut wie keine fühlbaren Änderungen herbeiführen.

Was für konkrete Vorschläge enthält nun die Programmschrift? Zunächst einmal unterstreicht sie die alte Forderung, daß das, was die Konservativen der Privatwirtschaft wieder in die Hände gespielt haben (Eisen und Stahl, Straßengütertransport), der Gemeinwirtschaft zurückgegeben werden muß. Hier sei eingefügt, daß die Reprivatisierung der konservativen Regierung nur halb gelungen ist. Etwa die Hälfte der Lastkraftwagen, die dem öffentlichen Unternehmen «British Transport» gehören, fand keinen Käufer und verblieb weiter im öffentlichen Besitz. Etwa ein Drittel der von Labour nationalisierten Eisen- und Stahlwerke ist gleichfalls unverändert weiter in der öffentlichen Hand, weil sich kein Käufer einstellen will — sie arbeiten ohne Aktionäre mindestens so zufriedenstellend wie mit ihnen!

Von diesen zwei Fällen abgesehen, enthält die Broschüre keine Liste von Industriezweigen, die die nächste Arbeiterregierung verstaatlichen wird, nachdem die vorhergehende etwa einen Fünftel des Industriepotentials dem Privatkapital entzog. Sie spricht nur davon, daß eine Arbeiterregierung jeden Wirtschaftszweig, von dessen Versagen («failing the nation») sie sich nach gewissenhafter Überprüfung der Verhältnisse überzeugt, in öffentlichen Besitz überführen wird, natürlich insoweit im Laufe einer fünfjährigen Amtsperiode dafür Zeit ist. Neben dieser allgemeinen Ermächtigung, die «altmodische» Nationalisierung weiterzuführen, steht die Ankündigung, daß eine Labourregierung, wo es das öffentliche Interesse erfordert, durch Ankauf von Aktien ganze Industriebetriebe oder Teile von ihnen aus der rein privaten Sphäre herausheben wird. Dadurch die Ableitung eines Teiles der Gewinne in die Hände der Allgemeinheit — Gewinne, die sonst in die Taschen von Privaten geflossen wären — soll ein stärkerer Grad von sozialer Gerechtigkeit geschaffen werden. Als einer der wichtigsten Käufer von Aktien wird der Pensionsfonds bezeichnet, der nach einem gleichfalls vom Parteitag in Brighton angenommenen Plan zur Verbesserung der Altersversorgung der arbeitenden Bevölkerung errichtet werden soll. Daneben ist Ausweitung des Bereiches der städtischen Betriebe, der genossenschaftlichen Betriebe und Überführung von Betrieben in Allgemeinbesitz durch Erbgang (als Erbsteuer) vorgesehen.

Die Debatte in Brighton

Die Delegierten in Brighton hatten bei ihrer Entscheidung über die Nationalisierungsfrage drei verschiedene Möglichkeiten. Sie konnten der Programmschrift des Parteivorstandes zustimmen. Sie konnten einem vom Eisenbahnverband ausgearbeiteten Antrag zustimmen, der dem Parteivorstand den Auftrag erteilen wollte, dem Parteitag von 1958 klipp und klar zu sagen, welche Industriezweige eine künftige Labourregierung in die öffentliche Hand überführen würde. Das hätte praktisch eine Verwerfung der Programmschrift bedeutet. Die Delegierten konnten sich aber auch für einen dritten Antrag entscheiden, der zwar die Annahme der Vorschläge des Parteivorstandes empfahl, aber unter der Bedingung, daß ihnen ein Zusatz hinzugefügt wird — und dieser Zusatz enthielt bereits eine ausführliche Liste jener Industriezweige, die eine künftige Arbeiterregierung nationalisieren soll (Banken, Bauwesen, chemische Industrie, Maschinenbau, Versicherungswesen, Schiffbau). In der Debatte in Brighton, die einen ganzen Tag in Anspruch nahm, kamen die Sprecher aller großen Gewerkschaften zu Wort. Lediglich die Lokomotivführer schlossen sich dem Standpunkt des Eisenbahnverbandes an. Alle anderen unterstützten die Vorschläge des Parteivorstandes, nachdem dessen offizieller Sprecher, Harold *Wilson*, erklärt hatte, daß der Vorschlag auf Ankauf von Aktien privater Firmen durch die Regierung nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der Nationalisierung «alten Stils» gedacht sei. Diese Erklärung wurde von Hugh *Gaitskell* in seiner Abschlußrede wiederholt; er wies allerdings darauf hin, daß die Wiederverstaatlichung von Eisen und Stahl sowie Straßengütertransport zusammen mit der im Vorjahr als Programmpunkt beschlossenen Überführung der Miethäuser in Gemeindebesitz die ersten Jahre einer neuen Arbeiterregierung voll ausfüllen würde. Gaitskell setzte sich u. a. mit dem Einwand auseinander, daß der Erwerb von Aktien durch den Staat nur einen Sinn hätte, wenn man zugleich darauf ausgehe, Einfluß auf die Geschäftsführung zu erlangen, während die Broschüre «Industrie und Gesellschaft» auf solche Möglichkeiten verzichte, da der Ankauf nur zur Umleitung der Gewinne erfolgen solle. Gaitskell erklärte das als ein Mißverständnis. Die Schaffung von Kontrollmöglichkeiten sei nicht als unmittelbares Motiv der geplanten Aktienkäufe gedacht, die zunächst auf die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit hinzielen sollen; aber deswegen stelle man sich noch lange nicht den Staat als «schlafenden Partner» und passiven Dividendenbezieher vor. Mit der Einwendung, daß nicht das «Versagen» der Privatinitiative in einem bestimmten Fall, sondern die objektiven sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gemeinschaft die Entscheidung zugunsten der Nationalisierung beeinflussen sollten, hatte sich schon vorher Harold *Wilson* befaßt. Die Definition des «Versagens», die er gab, war breit genug, um ein Zuwiderhandeln gegen die Interessen der Allgemeinheit einzuschließen.

Unter Ablehnung der beiden anderen Anträge gab die Konferenz von Brighton mit unerwartet großer Mehrheit (5,3 gegen 1,2 Millionen) den in «Industrie und Gesellschaft» enthaltenen Grundsätzen die Zustimmung. Weit entfernt davon, ihre Vergangenheit abzuschwören, hat sich also die britische Arbeiterbewegung entschlossen, sowohl auf der alten Bahn der Nationalisierung fortzufahren, als auch neue Möglichkeiten zur Erweiterung des Bereiches der Gemeinwirtschaft zu erproben.

EMIL J. WALTER

Ursachen der «schleichenden Inflation»

In einem beachtenswerten Aula-Vortrag hat Prof. Dr. F. A. Lutz, der Ordinarius für theoretische Nationalökonomie an der Universität Zürich, im Januar dieses Jahres das Thema «Inflationsgefahr und Konjunkturpolitik»¹ behandelt. Ausgehend von der Tatsache, daß «seit 1939 das Preisniveau in den wichtigsten Ländern der Welt zwar durch zwei Kriege, den Zweiten Weltkrieg und den Krieg in Korea» ruckweise gestiegen ist, aber die folgenden Preissteigerungen in «Zeiten anhaltender Hochkonjunktur» im Ausmaße von 5 bis 12 Prozent «nichts Außergewöhnliches» seien, sei doch das Gefühl weit verbreitet, «daß Kräfte am Werke sind, die auf eine dauernde schleichende Inflation hinwirken».

Prof. Lutz versuchte drei Fragen zu beantworten, nämlich:

1. Sind tatsächlich Faktoren am Werk, die auf eine dauernde schleichende Inflation hinwirken?
2. Was sind die volkswirtschaftlichen Folgen einer solchen Inflation?
3. Was ist erforderlich, um eine derartige schleichende Inflation zu verhindern?

Wir rekapitulieren die Antworten von Prof. Lutz auf diese Fragen in aller Kürze. «Eine allgemeine Preissteigerung, das heißt eine Erhöhung des ganzen Preisniveaus, ist immer das Resultat» einer Jagd von «zuviel Geld ... nach zuwenig Gütern ... Die Vergrößerung der Geldmenge, die auf die Dauer bei Inflationserscheinungen immer der wesentliche Faktor ist, kommt zustande durch die Ausdehnung der Kreditgewährung seitens des Bankensystems ... Kredite werden vom Bankensystem genommen, um private oder öffentliche Investitionen in *fixem* oder *zirkulierendem Kapital* zu finanzieren. Die Preissteigerungen, die wir in der ganzen Welt beobachten, müssen also in der Hauptsache auf einen zu rasch wachsenden Investierungsbedarf der

¹ Siehe «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik». 93. Jahrgang. Nr. 2. Juni 1957. S. 195 bis 205.